

Luzerner Tagblatt

Zielscheibe Polizei

Luzerner Krawallnacht

Kurt Schnider schlug Riesenslalom-Weltelite

Der Streit um Smrkovsky

In der Tschechoslowakei ist ein erbittertes Ringen im Gang, bei dem es darum geht, ob der Reformpolitiker Smrkovsky CSSR-Parlamentspräsident bleiben soll oder nicht. Die Russen und Kollaborateure à la Husak suchen ihn politisch kaltzustellen - Befürchtungen des Parteipräsidents

Prag, 4. Jan. (AFP/UPI) Das Präsidium des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Gewerkschaften hat eine Resolution zugestimmt und diese veröffentlicht. Das Präsidium empfiehlt darin, «daß Josef Smrkovsky bis zu den neuen Wahlen in die Legislative an der Spitze der Bundesversammlung bleibt und daß die beiden Kammern der Bundesversammlung ausschließlich von Slowaken präsiert werden». — An die Adresse der Verantwortlichen in der Partei, der Nationalen Front und der Regierung richteten die Präsidiumsmitglieder die Aufforderung, eine klare Stellung gegenüber der Frage einzunehmen, ob Smrkovsky weiterhin Präsident der Bundesversammlung bleiben wird. Jugendliche sammelten Unterschriften unter Bittschriften, in denen die Wiederwahl Smrkovskys als Präsident des Bundesparlaments gefordert wurde. Auf dem Wenzelplatz in Prag baten Pfadfinder Passanten, ihren Namen auf Blätter zu setzen, über denen geschrieben stand: «Zur Unterstützung des Genossen Smrkovsky». So lange der UPI-Korrespondent die Szene beobachtete, gab es niemanden, der die Unterschrift verweigerte.

Das Präsidium des Zentralkomitees der tschechoslowakischen KP erließ einen Aufruf an die Bevölkerung gegen die «beunruhigende und bedauerliche Kampagne, die um die Frage der Präsidentschaft der Bundesversammlung ausgelöst worden sei. Darin werden kategorisch Gerüchte dementiert, wonach Smrkovsky seiner hohen Funktionen in Regierung und Partei enthoben und aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden soll. Ferner werden Behauptungen zurückgewiesen, die Forderung nach einem slowakischen Präsidenten an der Spitze der Bundesversammlung beruhe auf dem Mißtrauen gegen gewisse Führer und stamme allein von Husak, der übrigens selber das Opfer falscher Anschuldigungen sei.

Der Aufruf betont, daß die Kampagne um die Präsidentschaft der Bundesversammlung, in der sogar mit Streik gedroht werde, das Land in einen Konflikt stürzen könnte, dessen Auswirkungen die Initianten nicht bedenken. «Derartige Aktionen geben zwar vor, die Nach-Januar-Politik zu unterstützen, bedrohen jedoch tatsächlich die Verwirklichung dieser Politik, ja, könnten sie sogar unmöglich machen», heißt es im Communiqué des Präsidiums des Zentralkomitees der tschechoslowakischen KP.

(DPA) Durch eine Reihe von Fernsehansprachen der Spitzenfunktionäre der tschechoslowakischen KP in den nächsten Tagen will die Prager Führung offenbar die Erregung im Volk über die befürchtete politische Entmachtung von Parlamentspräsident Smrkovsky dämpfen. Der erste der vorgesehenen Redner wird Smrkovsky selbst sein. Die Entscheidung über die Fernsehserie wurde vom Präsidium der tschechoslowakischen kommunistischen Partei getroffen.

(DPA) Das slowakische Erziehungsministerium hat die Winterferien an allen Schulen und Fakultäten seines Bereichs wegen der kritischen Situation in der Brennstoffversorgung bis 13. Januar verlängert.



Der dänische Monarch und seine Nachfolger

König Frederik von Dänemark feiert nächsten seinen 70. Geburtstag. Im Jahre 1947 hat er den Thron bestiegen und genießt im Lande höchstes Ansehen und allgemeine Beliebtheit. Unser Bild zeigt ihn mit seiner ältesten Tochter, Kronprinzessin Margrethe, und seinem Enkel, Prinz Frederik. ASL

3

5

Großmacht-Diplomatie vor schwierigen Aufgaben

Harte Arbeit für die Endphase der Johnson-Regierung - Keine Begeisterung für Viermächtekonferenz zum Nahost-Konflikt - Vietnamgespräche in Paris noch immer blockiert - US-Abgeordnete üben Kritik am Sicherheitsrats-Entscheid gegen Israel - Vertrauensschwund der Uno - Anmaßende Forderungen Kairo

(UPI) Wenige Wochen vor dem Ende ihrer Amtsperiode sieht sich die Regierung Johnson in Washington einer Reihe von «Puzzle-Spielen» in der internationalen Politik gegenüber, die nach dem Willen Johnsons und seiner Männer wenigstens teilweise gelöst werden sollen, bevor die Demokraten am 20. Januar die Washingtoner Amtsstuben für Richard Nixons Republikaner freimachen. Vor einem Problem allerdings wird die Arbeitswut der letzten Stunde haltmachen müssen: vor der Nahostkrise.

Staatssekretär Dean Rusk bezeichnete die Krise im Nahen Osten als so kompliziert, daß sie nicht auf einmal gelöst werden könne, sie sei eben ein «Puzzle-Spiel». Deshalb will die US-Regierung versuchen, «die einzelnen Stücke zusammenzufügen». In diesem Zusammenhang äußerte sich der Minister auch zu dem vor allem von Frankreich und der Sowjetunion vertretenen Vorschlag eines gemeinsamen Versuchs der vier Großmächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich zur Lösung des Nahostproblems.

Er befürwortete zwar einen ständigen Kontakt der vier Mächte über diese Frage, lehnte jedoch eine Viermächtegipfelkonferenz ab. «Der Frieden kann nicht außerhalb dieses Gebietes gefunden werden», sagte der Außenminister.

Die selbe Meinung vertritt auch Israel, das sich in der Vergangenheit mehrfach kategorisch gegen eine Gipfelkonferenz gewandt und betont hat, daß eine Lösung des Nahost-Problems nur in direkten Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten gefunden werden könne.

Wir Rusk weiter sagte, hat ihm der Sowjetbotschafter in den USA, Tscherniakow, am 30. Dezember 1968, als die beiden Politiker in Washington zusammengetroffen waren, keinen Vorschlag über ein Gipfeltreffen gemacht. Rusk verwies aber auf die Erfolge der «stillen Diplomatie» und appellierte an «andere», ihren Einfluß zur Lösung des Nahost-Problems geltend zu machen. «Wir haben wieder und wieder versucht, einige der Einzelteile des Puzzlespiels zusammenzufügen», sagte der Außenminister.

Amerikas zweites Hauptproblem: Vietnamgespräche in Paris

Das andere Puzzle, dessen Lösung der Johnson-Administration bisher nicht gelungen ist, sind die Pariser Vietnamgespräche. «Wir hoffen, endlich die Diskussion über Prozedurfragen abschließen zu können, um zu Verhandlungen zu gelangen», sagte Rusk. In den vergangenen Wochen sei in Paris sehr viel über Tische gesprochen worden. «Im Grunde meinen wir, daß diese Fragen der Prozedur abgeschlossen werden sollten, so daß wir an den Verhandlungstisch kommen und ernsthaft über die Frage des Friedens in Südostasien sprechen können», bekannte der Minister.

Im ganzen jedoch wagte der US-Politiker einen gedämpften optimistischen Blick in die Zukunft der Washingtoner Politik. Er sagte: «Ich hoffe, daß wir der neuen Administration einigen zu-

sätzlichen Erfolg verkaufen können, wenn sie die Verantwortung übernimmt.»

US-Abgeordnete kritisieren Verurteilung Israels

Eine Gruppe von 63 Abgeordneten des Repräsentantenhauses hat die Verurteilung Israels durch den Uno-Sicherheitsrat scharf kritisiert. Wenn Israel wegen der Aktion gegen den Beiruter Flughafen verurteilt werde, müsse die Uno einen ähnlichen Schritt auch gegen die Tätigkeit arabischer Guerilla-Organisationen gegen Israel unternehmen. Das einseitige Votum des Sicherheitsrates werden die Araber dazu «ermutigen, ihren Terror zu intensivieren». Es sei schwer zu verstehen, warum die Weltorganisation stumm bleibe, wenn arabische Terroristen Morde begingen, und nur dann ihre Stimme wiederfinde, wenn Israel versuche, diesen «Scheußlichkeiten» ein Ende zu machen. Die Abgeordneten drückten die Erwartung aus, daß die US-Regierung nicht mit Israels Feinden zusammenarbeiten werde, denn das würde sich als gefährlich für den Frieden und für die USA selbst erweisen.

Hoffnungen U Thants

(AFP) U Thant bekräftigte seine Überzeugung, daß innerhalb der Uno ein Viermächtegipfel über den Nahen Osten abgehalten werden könnte. Natürlich seien vorher Diskussionen notwendig. Nachdem aber einmal eine Form gefunden sei, könnten sich die vier an irgend einem Ort treffen, sogar im Sicherheitsrat. Es sei wichtig, meinte Thant, daß die vier Großmächte versuchten, eine Lösung der Grundfrage der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 zu finden.

De Gaulles «aufrichtiger Wunsch»...

De Gaulle sprach sich für Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten aus, um die gefährlichen Probleme zu lösen, die gegenwärtig die Welt bedrücken. In einer Neujahrsbotschaft an US-Präsident Johnson schrieb er: «Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß die USA und Frankreich in gemeinsamen Bemühungen helfen, die gefährlichen Probleme zu lösen, die auf der Zukunft der Welt lasten.» Dazu gehörten vor allem das Vietnamproblem und die Nahostkrise, deren Lösung dringend sei. Der französische Präsident lobte die «mutigen Entscheidungen» Johnsons.

Kein Vertrauen mehr zum Sicherheitsrat

(AFP) Der israelische Informationsminister Galili teilte mit, Israel habe beim Uno-Sicherheitsrat keine Klage gegen die Beschließung von Kirjath Shimone eingereicht, denn sein Land habe das Vertrauen zum Sicherheitsrat seit dessen einseitiger Resolution betreffend die Beiruter Affäre verloren. Der Minister gab im weiteren bekannt, seine Regierung beabsichtige an alle Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates ein Schreiben zu richten und darin den Standpunkt Israels in bezug auf den Angriff auf den Beiruter Flughafen klarzulegen.

Warnung an die arabischen Länder

Der israelische Vizeministerpräsident Igal Allon sprach in Kiryat Shomnah

zu einer großen Menschenmenge. Die Stadt im nördlichsten Zipfel Israels war in den letzten Tagen zweimal von libanesischem Territorium aus mit Raketen beschossen worden, wobei drei Menschen ums Leben kamen. Allon richtete eine deutliche Warnung an die arabischen Länder, eingeschlossen Libanon, die Tätigkeit der Terroristen nicht mehr zu dulden und den Waffenstillstand einzuhalten, andernfalls sie alle Konsequenzen zu tragen hätten.

Aegyptische Intransigenz

(UPI) Aegypten, hat Washington kürzlich in einem Memorandum davon unterrichtet, daß Kairo sich nur dann mit Israel auf eine Regelung im Nahen Osten einlasse, wenn diese Regelung zur Evakuierung der Israelis aus allen arabischen Territorien und nicht nur aus den im Juni 1967 besetzten ägyptischen Gebieten führen werde. Aegypten beantwortete mit diesem Memorandum, das von allen Ländern der arabischen Liga gebilligt worden sein soll, ein «Paket» amerikanischer Vorschläge, die von Dean Rusk am 2. November 1968 dem ägyptischen Außenminister Riad erläutert worden seien.

Die amerikanischen Vorschläge postulierten den Abzug der Israelis aus besetzten arabischen Gebieten, eine förmliche Beendigung des Kriegszustandes, eine freie Suezkanalschiffahrt, eine endgültige Regelung des Flüchtlingsproblems, die Stationierung einer internationalen Polizeimacht in Sharm el Sheik am Golf von Akaba, eine Rüstungsbeschränkung und eine schriftliche Verpflichtung der arabischen und israelischen Seite, sich an diese Abmachungen zu halten.

«Generalrat» der Terroristengruppen

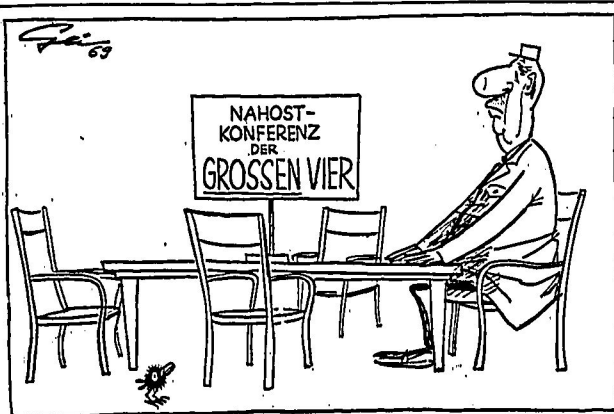
(AFP) Ein Vertreter der «El Fatah»-Bewegung gab bekannt, daß zwischen den Abgeordneten der verschiedenen Länder ein Generalrat aller palästinensischen «Widerstandsbewegungen» geschaffen worden sei, der sich gleichzeitig mit den militärischen Fragen und der politischen Linie befasse.

Strafmaßnahme gegen Saboteure

(R) Die israelischen Behörden in Gaza haben drei Häuser von Mitgliedern der «palästinensischen Befreiungsfront» in die Luft sprengen lassen. Die Besitzer der Häuser waren zusammen mit 57 anderen Verdächtigen verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, Minen gelegt, Handgranaten geworfen und kleine Brücken im Gebiet von Khan Yunis bei Gaza gesprengt zu haben. Es soll sich um führende Mitglieder einer Sabotagegruppe handeln.

Weibliche Verstärkung für Israels Polizei

(UPI) 500 weibliche Angehörige der israelischen Armee sollen Mitte Februar in Polizeidienste treten. Sie sollen in Städten patrouillieren und der Polizei helfen, Sabotageakte arabischer Untergrundkämpfer zu verhindern. Die Frauen bleiben den Armeesetzen unterstellt und werden auch als Polizistinnen Armeeeinheiten tragen.



Der Größte und Einzige

Hans Geisen - Copyright by Cosmopress, Genf